

**Peter J. Humphreys: Media and Media Policy in West Germany.
The Press and Broadcasting since 1945.-**

New York, Oxford, München: Berg Publishers 1990, 356 S., £ 24,95

Anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums der ARD bot sich jüngst wieder eine der Gelegenheiten, auf die besonderen Geburtsumstände des öffent-

lich-rechtlichen Fernsehens in der Bundesrepublik hinzuweisen. Es waren die Alliierten, die die Grundstrukturen des nachfaschistischen deutschen Rundfunks festgelegt und sich dabei besonders am 'britischen Modell' orientiert hatten. Auch wenn das bundesdeutsche System gemeinhin als eher positives Beispiel für dualen Rundfunk angeführt wird, hat es sich dennoch stark vom 'Original' wegentwickelt, ein Indiz für die unterschiedlichen politischen Kulturen in beiden Ländern. Zumal die ordnungspolitischen Umstrukturierungen des letzten Jahrzehnts machen eine Gesamtschau des ersten tatsächlich demokratischen Mediensystems in Deutschland zu einem interessanten Unterfangen, besonders dann, wenn dies unter vergleichender Perspektive geschieht und der Verfasser, wie Peter J. Humphreys, einer der besten britischen Kenner der europäischen und bundesdeutschen Medienpolitik ist.

Der Autor stellt sofort klar, daß er an seine Aufgabe als Politikwissenschaftler und nicht als Historiker herangeht, was sich unschwer bereits am Aufbau der Monographie feststellen läßt: Zwar fehlt keineswegs ein Überblick über die historische Genese des Mediensystems vor und nach der 'Stunde Null' im Jahre 1945. Im Mittelpunkt der Analyse stehen dabei jedoch die Kontroversen innerhalb der einzelnen Systeme, anhand deren er die Spezifika des bundesdeutschen Mediensystems anschaulich herausarbeitet. Humphreys widmet sich jeweils gesondert der Presse, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der Neue-Medien-Debatte, die schließlich zum dualen Rundfunksystem führte.

Die Alliierten legten nach den Auswüchsen des faschistischen Mediensystems großen Wert auf die 'Freiheit von staatlicher Kontrolle', lösten dieses Postulat bei Rundfunk und Presse allerdings auf unterschiedliche Weise ein: "There can be little doubt, that 'press freedom' has been too narrowly interpreted as freedom from the state: there has not been similar emphasis on independence from big business or the advertising industry" (S.296). Zwar ist die bundesdeutsche Nachkriegspresselandschaft nicht mehr mit den unseligen Zeiten der Hugenberg-Dominanz in der Weimarer Republik vergleichbar, dennoch spricht der Autor angesichts der sich schnell herauskristallisierenden starken Position weniger großer Verlage von "begrenztem Pluralismus", weit weg vom "noblen Ideal" (vgl. ebd.). Ganz anders das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem: "The broadcasting stations were taken out of the hands of the state and made the responsibility of autonomous and publicly accountable public-service organisations" (S.298). Zusammen mit den positiven Machtbegrenzungseffekten des föderalen Systems bietet diese Organisationsweise "with its constitutional duty to 'manufacture' pluralism [...] a crucial counterbalance to the lack of regulation and, in practice, only limited pluralism of the press sector. This has been the central feature of the 'balanced' media system" (S.295). Humphreys versäumt dabei keines-

wegs, auf die parteipolitisch motivierten Vereinnahmungsversuche des Rundfunks und die negativen Effekte des Proporzdenkens hinzuweisen.

Der Versuch der - ökonomisch und politisch motivierten - 'Re-Orientierung' des Mediensystems durch die Zulassung privater Rundfunkanstalten, deren Organisationsweise eher dem des Pressesektors entspricht, mußte das bestehende Gleichgewicht ins Wanken bringen: Die bisher strikte Trennung zwischen Presse- und Rundfunksystem entfiel, und die großen Presseverlage haben binnen weniger Jahre ihre dominierende Rolle auf den privaten Rundfunkbereich ausgeweitet. Noch ist nach Einschätzung des Autors - wie in den meisten europäischen Ländern - ein neues Gleichgewicht nicht gefunden. Wenn er dennoch im Vergleich mit der Situation in Großbritannien oder Frankreich im Falle der Bundesrepublik Grund für 'gewissen Optimismus' (S.307) sieht, dann hat das mehrere Ursachen: Die überragende und mäßigende Rolle des Bundesverfassungsgerichts, die machtbefähigenden und -balancierenden Eigenschaften des föderalen Systems, die wertkonservative und eben nicht rein neoliberale Grundeinstellung weiter Teile der Christdemokraten sowie die hohen Qualitätsansprüche des 'verwöhnten' Publikums werden eine krasse Trendwende wohl kaum zulassen, zumal sich das bisherige System insgesamt eher von einer 'konservativen' Seite gezeigt hat. Mit dieser geringen Innovationsfreudigkeit macht Humphreys allerdings auch einen der Schwachpunkte der bundesdeutschen Medienlandschaft deutlich, der jedoch bei weitem übertroffen wird durch die massive parteipolitische Einflußnahme auf Rahmenbedingungen und Personalbesetzung, die als 'Standortpolitik' auch vor dem privaten Rundfunk nicht halt macht. Der Autor macht keinen Hehl aus seiner Sympathie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Bundesrepublik und scheint die bundesdeutschen Medienpolitiker und Rundfunkmacher ermahnen zu wollen, am gegebenen Standard nicht mehr zu rütteln. Daß er aus dem Noch-Musterland eines qualitativ hochwertigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks und gleichzeitig dem Land mit den stärksten Deregulierungsschüben der letzten Dekade kommt, sollte hierzulande zu denken geben.

Jochen Zimmer (Trier)